

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

13.5.1919 (No. 111)

Verleger:
Karlstr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortl.:
Hauptredakteur:
C. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5 A 25 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5 A 42 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltenen Zeilen oder deren Raum 30 P. zusätzlich 30 % Teuerungszuschlag. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen.

Amtlicher Teil.

Bewirtschaftung des Frühobstes der Ernte 1919.

Das Ministerium des Innern hat nach eingehender Beratung mit Vertretern der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher sowie im landwirtschaftlichen Ernährungsausschuss dahin schlüssig gemacht, das gesamte Beerenobst der neuen Ernte, sowie Aprikosen, Pfirsiche und türkische Kirschchen (Mirabolanen) für den Verkehr innerhalb Badens freizugeben und das übrige Frühobst, also insbesondere Kirschen, Frühzwetschgen, Pfäulen, Mirabellen, Reine-Clauden, Frühäpfel und Frühbirnen zu bewirtschaften.

Die Ausfuhr von bewirtschaftetem oder nichtbewirtschaftetem Frühobst aus Baden soll nur der Geschäftsstelle der badischen Obstverwaltung gestattet sein, welcher die zur Ausfuhr zugelassenen Mengen von der Verwaltungsabteilung der Obstverwaltung bezeugnet werden. Die bei der Ausfuhr des Frühobstes sich etwa ergebenden Gewinne hat die Geschäftsstelle der badischen Obstverwaltung nach Deckung ihrer Unkosten und einer angemessenen Entschädigung für ihre Bemühungen an die Staatskasse abzuführen. Das für den Verkehr innerhalb des Landes freigegebene Frühobst (Beeren, Aprikosen, Pfirsiche und türkische Kirschchen) kann in beliebiger Menge von jedermann gekauft und innerhalb des Landes veräußert werden. Höchstpreise werden für dieses Obst nicht bestimmt. Von dem bewirtschafteten Obst (übriges Frühobst) dürfen hingegen nur geringe Mengen als Marktobst erworben und mitgenommen werden. Der Verkauf dieses Obstes ist den Erzeugern nur gestattet auf Grund bürgermeisteramtlicher Verkaufsbefehle an nächste Verwandte, wobei die an eine Familie von einer Obstart zu sendende Menge auf höchstens 30 Pfund im Monat beschränkt bleibt. Für den Marktverkehr ergeben besondere Bestimmungen. Im übrigen ist der Erwerb und der Verkauf des bewirtschafteten Obstes nur der Geschäftsstelle der badischen Obstverwaltung und ihren Beauftragten gestattet, welche das Obst den Bedarfsgemeinschaften zufließen. Für das bewirtschaftete Obst werden Höchstpreise sowohl für die Erzeuger wie für die Verbraucher bestimmt.

Das Ministerium des Innern ist sich wohl bewußt, daß sich der Bewirtschaftung des Obstes unter dem derzeitigen Verhältnissen außerordentlich große Schwierigkeiten entgegenstellen. Es hat deshalb auch auf die Bewirtschaftung des gesamten Beerenobstes, der Aprikosen, Pfirsiche und türkischen Kirschchen verzichtet; wenn es für das übrige Steinobst und das frühe Kernobst zur Bewirtschaftung sich entschlossen hat, so war hierfür die Überzeugung maßgebend, daß ohne eine solche Bewirtschaftung die minderbemittelte Bevölkerung in den Städten überhaupt kein Obst zu erträglichen Preisen erhalten kann. Ebenso mußte trotz der Auffassung der Reichsstellen, daß der Handel mit Frühobst innerhalb des Reiches frei sein sollte, die Ausfuhr nach Außerbaden monopolisiert werden, da nur so es verhindert werden kann, daß fast die ganze verkaufte Obstmenge zu unsinnigen Preisen in auerbadische Großstädte mit ihrer größeren Kaufkraft abwandert.

Der Verkauf des Auslandsmehls.

Durch einen Teil der Presse geht, wie schon mitgeteilt, die Notiz, daß das eingeführte Auslandsmehl in Berlin bereits dadurch verfälscht wird, daß es von den mit dem Verkauf beauftragten Stellen mit 94 v. H. ausgemahlene Inlandsmehl vermischt wird.

Um die Möglichkeit zur Vornahme derartigen unredlicher Handlungen von vornherein auf ein tunlichst geringes Maß zu beschränken, hat das Ministerium des Innern die sämtlichen städtischen und ländlichen Kommunalverbände veranlaßt, den Vertrieb des Auslandsmehls in der Weise zu regeln, daß der Verkauf desselben besonderen Stellen, z. B. den nur Nahrungsmittel veräußernden, übertragen wird, und daß von dem Absatz des Auslandsmehls solche Geschäftstreibenden und Handlungen ausgeschlossen werden, die Inlandsmehl an die Bevölkerung abgeben. Außerdem ist der Verkauf des Auslandsmehls in den von den Kommunalverbänden bestimmten Vertriebsstellen streng zu überwachen und Stichprobenweise zu kontrollieren, damit Verunreinigungen der Bevölkerung möglichst vermieden werden.

Zum Artikel: „Baden und die Bestimmungen des Friedensvertrags“.

In dem in der gestrigen Ausgabe mitgeteilten Textauszug sind einige Verichtigungen vorzunehmen. Der dem Ministerium des Auswärtigen für die Veröffentlichung zur Verfügung stehende Text war telephonisch von Berlin mitgeteilt worden; inzwischen ist ein Exemplar des französischen Textes beim Ministerium eingegangen, aus dem sich folgende Änderungen ergeben:

zu Art. 103 (Anfang)
„Drei Wochen nach Unterzeichnung“ (nicht 3 Monate);
zu Oberzeile eintragen.
Artikel 107:

„3 Monate spätestens nach ergangener Aufforderung wird Deutschland abtreten sowohl Schiffe wie Häfen, die auszusuchen sind aus den in den deutschen Rheinhäfen eingetragen, verbliebenen Schiffen nach vorheriger Wegnahme derjenigen, die der Wiederherstellung und Wiedergutmachung zu dienen haben, als auch Anteile an den deutschen Schiffsahrtsgesellschaften auf dem Rhein.“

Artikel 108, Abs. 5, Ziffer 2:
„Nicht Frankreich das Recht zu, sich auf alles rechtsrheinische Gelände zu stützen und dasselbst zu verkehren, soweit es notwendig ist für das Studium und die Erstellung und Ausnützung der Anlagen.“

Artikel 108, Abs. 5, Ziffer 3 (Schluß):
„... soweit sie sich auf die Ausnützung des Rheins zu irgend einem Zweck beziehen, mögen sie durch die Regierung von Elsaß-Lothringen oder die von Baden ausgearbeitet oder ihnen zugegangen sein.“

Artikel 109:
„Deutschland verpflichtet sich von nun ab keinerlei Einwendungen zu machen gegen Vorschläge jeder Art, welche die Zentralkommission für den Rhein machen um ihre Zuständigkeit auszudehnen.“

Die Ermittlungen im Strafverfahren.

Das Justizministerium hat angeichts der gegenwärtigen besonderen Zeitumstände die Staatsanwaltschaften angewiesen, namentlich in schweren Straffällen der möglichst eingehenden Erforschung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters besondere Sorgfalt zu widmen. Dabei wurde von dem Gedanken ausgegangen, daß die Kenntnis der Veranlagung des Täters, seines Entwicklungs- und Bildungsganges, seiner Schicksale, seiner sozialen Lage, sowie der unmittelbaren Beweggründe der Tat den Schlüssel gibt zur richtigen Bewertung der Tat und des Grades der Schuld; insbesondere wurde in Betracht gezogen, daß die Lebensschicksale während des Krieges oft außergewöhnlich waren, und die wirtschaftlichen Verhältnisse in vielen Fällen völlig verändert sind.

Ernennung von weiteren Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.

Auf Grund der Ermächtigung durch die Verordnung vom 7. März 1919, die Einrichtung der Kriminalpolizei nach der deutschen Gerichtsverfassung und Strafprozessordnung betrefend, sind die Mitglieder der Volkswehr in Rastatt: Joseph Danner, Hermann Vogel, Rudolf Guth, Emil Camp, Karl Friedrich, Ludwig Lachmaier, Karl Ludwig, Alfred Peter, Heinrich Müller und Otto Epple, sämtlich aus Rastatt, sowie Albin Lang aus Goffel, Joseph Kiesel aus Riedingen, Ambros Müller aus Rastatt, Julius Raphael aus Rastatt und Heinrich Bauer aus Wächental zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft im Sinne des § 158 G.B.G. für den Amtsbezirk Rastatt bestellt worden.

Ausbildung der Gendarmen.

Auf Wunsch des badischen Gendarmereiverbands werden bei den monatlich stattfindenden Bezirksversammlungen von höheren Justiz- und Verwaltungsbeamten belehrende Vorträge gehalten werden. Dieser Wunsch entspricht dem allgemeinen Bedürfnis nach besserer Ausbildung der Gendarmen, deren Diensttätigkeit in den letzten Jahren einen sehr viel größeren Umfang angenommen hat und denen wenig Hilfsmittel zur Fortbildung zur Verfügung stehen.

Vom Tage.

(Die große Kundgebung der Nationalversammlung, Arbeitsfriede.)

Die gestrige Sitzung der deutschen Nationalversammlung hat sich zu einer wichtigen, eindrucksvollen Kundgebung des deutschen Volkswillens gestaltet. Reichsregierung und Parteien sind sich darin einig, daß die uns zugemuteten Friedensbedingungen in der vorliegenden Form unannehmbar und unerfüllbar sind und daß sie schärfsten Protest herausfordern müssen.

An diesem Protest haben sich auch die Unabhängigen beteiligt, zu einem Mehr konnten sie sich allerdings nicht aufraffen. Aus den bisher vorliegenden Berichten über die Rede Saases ist nur schwer zu ersehen, welche Stellung die Unabhängigen eigentlich einnehmen. Wie es scheint, wollen sie wohl protestieren und auch ihrerseits bekunden, daß die Friedensbedingungen in vollem Widerspruch zu den von ihnen selbst vertretenen Grundsätzen stehen, aber sie halten trotzdem den Frieden für unentbehrlich und sind offenbar geneigt, ihn auch in der vorliegenden Form anzunehmen. Allerdings geben sie dabei von der Voraussetzung aus, daß diese Friedensbestimmungen sich doch nicht verwirklichen lassen, daß die Weltrevolution in Wälde kommen wird, und daß nur von der Weltrevolution eine Umwandlung dieses Gewaltfriedens zu erhoffen ist. Sollte es zu einer Regierungskrise kommen, so würden die Unabhängigen es jedoch ablehnen, die Regierung zu übernehmen, um den Frieden formell zum Abschluß zu bringen. Man ersieht aus alledem, daß die Haltung der Unabhängigen sehr widerspruchsvoll ist, und daß ihr der große Rug offener und entschiedener Stellungnahme für oder wider fehlt. Denn für einen ehrlichen Menschen versteht es sich doch ganz von selbst, daß man Bedingungen, die man nicht ausführen kann, ablehnen muß, aber andererseits, wenn moralisch gezwungen ist, Bedingungen, die man annimmt, treu und redlich auszuführen.

Und danach haben wir auch die gestrige Kundgebung der deutschen Nationalversammlung zu beurteilen. Wie Scheidemann sehr richtig sagte, sagen wir keinen nationalistischen Traumbildern nach, und keine Prestigefragen haben Anteil an unseren Beratungen. Wir wollen es ehrlich tragen, daß der kommende Friede für uns eine Marke sein wird; wir sind entschlossen, den Frieden auf uns zu nehmen als einen harten und fastenden Arbeitsfrieden. Aber nun und nimmer können wir einen Frieden annehmen, der nichts weiter ist, als ein systematisch und raffiniert ausgearbeiteter Mordplan, einen Frieden dessen Bestimmungen deshalb als unannehmbar bezeichnet werden müssen, weil für unerfüllbar sind. Selbst bei dem besten Willen wäre es uns nicht möglich, die uns zugemuteten Bedingungen in die Tat umzusetzen. Und deshalb darf das Buch, das den Friedensvertrag enthält, nicht zum Gesehbuch der Zukunft werden. Deutschland hätte aufgehört, im Auslande zu existieren. Eingezwängt in einen Kerker, bliebe für unser Volk nichts mehr übrig, als der Frondienst. Eine Verwilderung der sittlichen Begriffe ohne gleichen müßte diesem Frieden folgen. Der erbarmungslose Wahnsinn des Friedensvertrages ist bis heute nicht besser gekennzeichnet worden als durch die gestrige in knappen Sätzen formulierte Rede des Ministerpräsidenten Scheidemann, die zu den glücklichsten, gehaltvollsten und überzeugendsten rednerischen Kundgebungen der letzten sechs Monate gehört.

Aus der Versammlung ist Scheidemann lebhafter Beifall entgegengeklungen. An keiner Stelle aber war dieser Beifall stärker, als an der, wo Scheidemann in leidenschaftlicher, vaterländischer Erregung darauf hinweist, daß wir zusammengehören, daß wir beieinander bleiben müssen, daß wir ein Fleisch und ein Blut sind, und daß der mit mörderischem Messer in den Leib des deutschen Volkes einschneidet, der uns zu trennen versucht. Die Aufforderung des Ministerpräsidenten, sich einmütig hinter die Reichsregierung zu stellen bei der Anbahnung von Verhandlungen, die mit besonderem Nachdruck betonte Tatsache, daß ein einiges Volk viel vermag, ist gestern in einer Weise beantwortet worden, die uns tief ergreift und uns die Gewähr dafür bietet, daß die erdrückende Mehrheit unseres Volkes den entsetzlichen Ernst der

Stunde richtig erkannt hat und entschlossen ist, in einmütigem Zusammengehen mit der Reichsregierung die nächsten Ereignisse abzuwarten. Besonders wirkungsvoll war in dieser Hinsicht die Erklärung, die der preussische Ministerpräsident Girsch im Auftrage der Regierungen sämtlicher deutscher Freistaaten, also auch Badens, abgegeben hat. Sie gipfelte in dem Ruf: „Nieder tot als Sklave!“ und Klang aus in einer Vertrauensfundgebung für die Reichsregierung und in der Feststellung, daß alle deutsche Stämme in unerschütterlicher Treue zum gemeinsamen Vaterlande stehen. Die Erklärungen der einzelnen Parteiredner bewiesen sich in denselben Gedankengängen. Eine gewisse Ausnahme hat, wie schon eingangs bemerkt, lediglich der Sprecher der Unabhängigen gemacht, derselben Partei, die den Präsidenten Lehrenbach, als er der tiefen Liebe zu unserer Heimat mit den Worten des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt“ Ausdruck gab, ausrichtete.

In ihrer Gesamtheit betrachtet, ist die getrigge Sitzung der Nationalversammlung jedenfalls so verlaufen, daß man von ihr einen starken Eindruck auch nach außen hin erhoffen darf. Wenn von einzelnen Rednern der Gedanke der Rache für die uns angekommene Peinigung bisweilen sehr stark betont wurde, so wird man solche gefühlsmäßig durchaus begreifliche, aus Zorn und Empörung heraus geborenen Auslassungen nicht mißverstehen können. Man wird sich draußen an die Vorstellung gewöhnen müssen, daß der uns unterbreitete Friedensvertrag einen Akt darstellt, der ein ehrliebendes Volk sehr leicht zu Taten der wildesten Verzweiflung treiben könnte. Wir dürfen demgegenüber mit Genugtuung feststellen, daß die Art und Weise, wie sich die gerechte Empörung unseres Volkes bisher äußert hat, im großen und ganzen durchaus den Anforderungen der Würde und der Besonnenheit entspricht. Und so ist auch die getrigge Sitzung der deutschen Nationalversammlung zu bewerten als eine Kundgebung, in der sich leidenschaftliche Empörung und fester Wille in würdiger und angemessener Form manifestiert.

Deutschlands Protest gegen den Raubfrieden.

Die Deutsche Nationalversammlung trat gestern im Bibliotheksgebäude der Berliner Universität zu einer Sitzung von weltgeschichtlicher Bedeutung zusammen. Eine Fülle von Protesttelegrammen gegen die Friedensbedingungen wurde zur Einsicht ausgelegt. Vor Eintritt in die Tagesordnung hieß Abg. Kahl im Auftrage des Rektors der Universität Berlin die Nationalversammlung willkommen. Nach dem Dank des Präsidenten trat das Haus in die Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung über die Friedensbedingungen ein.

Ministerpräsident Scheidemann

ergriff das Wort zu folgender Rede:

Die deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkt im Dasein unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen. Und wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen in der schweren Weisung dieser Stunde und in der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen! Wir müssen beieinander bleiben. Wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes. Wir jagen keinen nationalitätlichen Traumbildern nach. Keine Freistatengebiete und kein Nachhunger haben Anteil an unseren Beratungen. Das Leben, das nackte arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erschöpfende Hand an der Gurgel fühlt. Lassen Sie mich ganz ohne lästige Erwägungen reden: Was unseren Beratungen zugrunde liegt, ist das dicke Buch, in dem hundert Absätze beginnen: Deutschland verzichtet, verzichtet, verzichtet, dieser schauerliche und mörderische Gegenhammer, mit dem einem großen Volke das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Verflistung und Heldentum abgezwackt und erpreßt werden soll. Das Buch darf nicht zum Gebetsbuch der Zukunft werden. Die Welt ist wieder einmal um eine Million armer geworden. Welcher Name ist auf tausend blutigen Schlachtfeldern, in tausend Schützengräben, in verwaisenen Familien, bei Verzweiflungen und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und gläubiger genannt worden, als der Name Wilson. Heute verbleicht das Bild des Friedensbringers — wie die Welt ihn sah und hoffte — hinter der finsternen Gestalt des Kerkermeisters. Sie haben nichts vergessen, aber alles hingekümmert, was Vernunft, Zerkürung heißt. Lassen Sie mich außerhalb unserer Grenzen beginnen. Deutschland wird, wenn diese Bedingungen angenommen werden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner berechneten Grenzen liegt. Deutschland hat in Auslande aufgehört zu existieren. Aber es könnte doch noch eine deutsche Beziehung zum Auslande bestehen. Also bestimmt der Rat der Vier: Verträge zwischen Feinden gelten als nichtig, ausgenommen solche Verträge, deren Ausführung eine Negierung der alliierten oder assoziierten Mächte zugunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen sechs Monaten verlangt.

Wie sagt Wilson so zutreffend: Der erste Grundsatz des Friedens selbst ist Gleichheit und gleiche Teilnahme an gemeinsamen Vorteilen. Das ist das Kerkerbild auf der einen Seite, dem Auslande zu, ohne Schiffe, denn unsere Handelsflotte geht in die Hände der Entente über, ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtschutz, ja selbst ohne das Recht, mitzuwirken bei der Festsetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernde Ware, für Kohlen, pharmazeutische Artikel usw. Ich frage Sie, wer kann als ehrlicher, vertragsstreuer Mann solche Bedingungen annehmen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, wie Sklaven, Schichten für das internationale Kapital schieben, Frondienste für die ganze Welt leisten.

Den Handel im Ausland, die Quelle unseres Wohlstandes, verschlägt man und macht man uns unmöglich. Und im In-

land? Die lothringischen Erze, die obersteirische Kohle, das elbische Kali, die Saargruben, die billigen Nahrungsmittel, Rohstoffe und Besprekungen, alles soll außerhalb unserer Grenze liegen, um die wir keinen höheren Zollschuß ziehen dürfen, als der am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner, ganz nach Belieben und ganz zu unserer Erdrosselung. Im Innern müssen alle deutschen Einkünfte in erster Reihe den Zahlungen für die Verzinsung der Kriegsschulden gehen. Nichts für unser Volk, nichts für unsere Kriegsbeschädigten und Kriegsgewitwen, alles dem Frondienst, für dessen Produkte die Preise vom Abnehmer festgesetzt werden.

Wir haben Gegenentwürfe gemacht und wir werden noch weitere machen. Wir sehen mit Ihrem Einverständnis unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar, so unannehmbar, daß ich noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen Kehlen, aus allen Ländern ohne Unterschied der Partei der Ruf erschallt: Weg mit diesem Morbplan. Da und dort regt sich schon die Einsicht und die gemeinsame Menschheitsverpflichtung in den neutralen Ländern, in Italien und England, vor allem auch im sozialistischen Frankreich. Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen spricht. Ich danke vor allem und erwidere in unerschütterlicher Anhänglichkeit das Gelächter der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberhallt, unseren Brüdern in Deutschösterreich, die auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gesamtvolk nicht vergessen. Wir grüßen Euch, wir danken Euch und wir halten zu Euch. Wir kennen unseren Weg. Aber diese Bedingungen darf er nicht führen. Stehen Sie uns bei bei der Abmahnung der Verhandlungen, lassen Sie niemand in der Welt darüber im Zweifel, daß Sie eins mit uns sind, das ganze Volk eins, ein Wächter vor der Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Ein einziges Volk vermag viel. Eine Verwilderung sittlicher und moralischer Begriffe ohne gleichen, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer neuen Zeit, in der wieder wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer und feiger die Nation das mörderische Opfer der Nation, der Mensch des Menschen Volk wäre.

Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns eine Marter sein wird. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, ein Vertrag, der uns am Leben läßt, der uns das Leben als unser einziges Kapital zur Arbeit und Wiedergutmachung läßt, nur ein solcher Vertrag kann die Welt wieder aufbauen. Solchem Vertrag — unsere Unterwürfigkeit, seinen Bestimmungen — unsere Treue, seinen Auflagen — all unsere Kraft und Arbeit. Nicht der Krieg, sondern wie der harter, kasteiender Arbeitsfriede wird das Stahlbad für unser ansiehendes geschwächtes Volk sein. Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung. Wir müssen von all den Niederlagen und den Krankheiten der Niederlagen gesunden, ebenso wie unsere Gegner von den Krankheiten des Sieges. Heute sieht es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Geshenfer über all dem Leichenhügel noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung. Wir kämpfen nicht mehr. Wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grauen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wollen uns schauend von dem jahrelangen Morb. Genüß. Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben, aber dreimal Wehe über die, welche heute einen wahren Frieden verzögern, auch nur um einen Tag.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von Anfang bis zu Ende mit Außerordentlichem lebhaften Zustimmung begleitet und vielfach durch stürmischen Beifall unterbrochen. Auch die Tribünen nahmen an diesen Kundgebungen lauten und lebhaften Anteil.

Hierauf nahm der

preussische Ministerpräsident Girsch

das Wort:

Im Auftrage der Regierungen sämtlicher deutscher Freistaaten habe ich folgende Erklärung abzugeben: Heute ist es klar, was die Feinde mit uns vorhaben: Sie wollen uns für alle Zeiten aus der Reihe der Kulturstaaten der Welt freiden und wir werden wie einst zur völligen Ohnmacht verdammt. Sie wollen das arbeitstüchtige deutsche Volk zu einem Knechtvolk machen. Demgegenüber erklären wir, die Vertreter aller deutschen Freistaaten vor aller Welt: Lieber tot als Sklave. Dieser Friedensvorschlag ist unannehmbar. (Lebhafter Beifall.) Wir sind in diesem Urteil einig mit der Reichsregierung. Wir stehen einig und geschlossen hinter ihr. (Beifall.) Wir sprechen ihr in dieser Stunde unser volles Vertrauen aus. Unsere Feinde müssen sich hüten, auf irgend eine Uneinigkeit der deutschen Stämme zu rechnen. In der bittersten und furchtbarsten Not, die unser Volk jetzt heimgejagt hat, stehen wir alle in unerschütterlicher Treue zum großen deutschen Vaterlande.

Nanmehr folgten die Erklärungen der

Vertreter der Parteien:

Abg. Müller-Breslau (Soz.): Bei dem jetzigen Friedensentwurf kann von einem Rechtsfrieden ganz und gar nicht gesprochen werden. Dieser Friede ist weiter nichts als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Wer in aller Welt will glauben, daß mit diesem Frieden eine neue Ära des Völkerrechts beginnt, ist doch in ihm von Recht und Gerechtigkeit mit keinem Wort die Rede. Was ist aus all den Idealen geworden, von denen man uns erzählt hat, daß der Krieg nur ein Kreuzzug war gegen Kaiserismus und Militarismus. Jetzt wo Deutschland wehrlos gemacht ist, wollen der französische Militarismus und der englische Kapitalismus weiter ihr Unwesen treiben. Wir Sozialdemokraten können einen Rechtsfrieden verlangen, denn wir sind, als die militärische Lage sehr günstig war, schon für einen Frieden der Verständigung eingetreten. Wir schließen uns der Kundgebung des Ministerpräsidenten für Deutschösterreich an. Wir sind mit unseren österreichischen Brüdern ein Herz und eine Seele. Wir gehören zusammen und nur die Gewalt kann uns trennen. (Stürmischer Beifall.) Wir erheben Einspruch gegen jede gewalttätige Losrennung deutscher Volksteile vom Körper des Reiches und fordern, daß unsere Unterhändler in Versailles mit allen Mitteln durchsehen, daß nirgends ein Teil des deutschen Volkes von Deutschland losgetrennt wird, ohne daß eine Abstimmung darüber stattfindet. (Lebhafte, wiederholte Zustimmung.) Wir hoffen, daß das in Versailles erreicht wird. Jeden anderen Friedensvertrag würden wir für ein europäisches Unglück halten. Das deutsche Volk läßt sich auf die Dauer nicht zerstückeln und der Tag muß kommen, wo die Arbeiter der ganzen Welt dem deutschen Volk für sein Verhalten in dieser Stunde Recht geben werden. Auch nach unserer Meinung sind noch schlimmer als die territorialen Veränderungen die finanziellen Fesseln und wirtschaftlichen Bindungen, die man dem deutschen Volke auflegen will. Wilson hat feierlich versprochen, daß diesem Krieg kein Wirtschaftskrieg folgen soll. Was sind die finanziellen und wirtschaftlichen Bindungen aber anders als ein Wirtschaftskrieg in der brutalsten Form? (Lebhafte, allseitige Zustimmung.) Die Bindungen werden dazu führen, daß unsere Kriegsgegner sich in einer Weise in die inneren Angelegenheiten

einmischen können, wie das noch niemals in Europa der Fall war. Deshalb sagen wir: Dieser Friedensvertragsentwurf ist unerträglich und undurchführbar und daher für uns unannehmbar. (Stürmischer Beifall.) Wir lehnen einen Vertrag ab, der uns alles nimmt und uns nichts gibt. Dieser Friedensvertrag ist ein Werk des siegreichen Entente-Kapitalismus und bringt daher den Arbeitern überhaupt nichts. Der deutsche Arbeiter soll verflucht werden, damit die deutsche Republik durch ihre Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiet in der Welt keine moralischen Eroberungen machen kann. Mit dem deutschen Sozialismus aber wollen die Entente-Kapitalisten den Sozialismus in allen Ländern treffen. Deshalb ist dieser Friedensvertrag in Grund und Boden das furchtbarste Sozialistengesetz, das es jemals gegeben hat. Hoffentlich sehen unsere französischen und englischen Genossen das in steigendem Maße ein. Der Vertrag geht über alle sozialistischen Forderungen einfach zur Tagesordnung über. Wir fordern, daß vor der endgültigen Annahme des Vertrages die Völker selbst befragt werden. Wir aber wollen weiterreiten auf der Bahn der Kultur und sozialpolitischen Fortschritts, komme, was kommen mag. In einem Zeit, in der selbst die letzten Nationen zu selbständigem staatlichen Leben geweckt werden, läßt sich das deutsche Volk nicht zur Sklaverei verurteilen. Das mag sich Europa in diesen dunklen Tagen deutscher Verhältnisse merken. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Gräber (Zentr.): Was uns jetzt vorliegt, läßt von den Wilsonschen Punkten keine Spur mehr erkennen. Das ist ein Wortbruch in vollstem Sinne des Wortes. Die Wilsonschen Grundzüge sind aufgebaut auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und Beachtung der Nationalität. Wo ist in dem von uns gestellten Bedingungen vom deutschen Selbstbestimmungsrecht und von der Achtung der deutschen Nationalität etwas zu finden? Sogar den Deutsch-Ostereichen soll der Anschluß an Deutschland verweigert werden. Das ist völlig unannehmbar mit den Wilsonschen Grundzügen, deren Beachtung die Feinde uns rechtsverbindlich zugesagt haben. Sand in Hand mit den territorialen Verlusten geht die gefährdete Entwaffnung Deutschlands. Deutschland soll wehrlos gemacht und die obligatorische Dienstpflicht abgeschafft werden. Am ungeheuerlichsten sind die finanziellen Friedensbedingungen. Wird mit ihnen Ernst gemacht, also die Befriedigung der Feinde durch deutsches Geld vor der Befriedigung der inländischen Zahlungsverpflichtungen, so wären Reich und Einzelstaaten zum Bankrott gezwungen. (Sehr richtig!) England und Frankreich sind zwar einig in ihrem Haß gegen Deutschland, aber nicht einig in ihren Kriegsziele. Frankreich braucht ein leistungsfähiges Deutschland, das Frankreichs zerstörte Finanzen durch seine Opfer wieder aufrichten kann, England aber will einen unbequemeren Konkurrenten los sein und verlangt deshalb ein wirtschaftlich schwaches Deutschland. Alle die Bedingungen, die Deutschlands Wirtschaft in so unerhörter Weise schwächen, sind eine Beeinträchtigung der französischen Kriegsziele. Solche Friedensbedingungen sind also garnicht vom Standpunkt unserer Feinde aus unerfüllbar. (Sehr richtig!) Wenn endlich auch noch von uns verlangt wird, daß wir uns verpflichten sollen, den Deutschen Kaiser und eine Anzahl politischer und militärischer Führer an einen Gerichtshof unserer Feinde zur Aburteilung auszuliefern, so weisen wir eine solche Zumutung mit Entrüstung zurück. Die Friedensbedingungen, deren Annahme von uns gefordert wird, stellen nicht einen Rechtsfrieden dar, sondern einen Gewaltfrieden voll Haß, voll von Keimen neuer Gewalttaten und Ungerechtigkeiten, eine Quelle neuen Völkerrades und endloser Kämpfe.

Es handelt sich dabei nicht nur um das Schicksal Deutschlands, sondern um die schwersten Nachteile für die ganze Kulturwelt. Gegen die drohende Gewalt wird deshalb nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Menschheit, so weit sie sich noch ein freies Urteil bewahrt hat, entschieden Protest einlegen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Frau Wöhr-Schuch (Soz.): Ich weiß nicht, ob unsere Schwestern jenseits der französischen Gemauerung ganz begriffen haben, welche Unannehmlichkeit der Hungerkrieg bedeutet. Wenn die Entente uns eine Rechnung über die Leiden ihrer vom Kriege betroffenen Bürger macht, so können wir eine Gegenrechnung präsentieren, die ungeheure Kosten erhöht, die überhaupt niemals beglichen werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Wir hoffen nicht auf die Gnade der Entente, aber wir glauben an die Gerechtigkeit der Völker, die von uns heraus einen Frieden schaffen werden auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons. Der Friedensvertrag, der uns jetzt vorgelegt wird, nimmt uns Frauen und Wätern jede Hoffnung, daß unsere Kinder einst ein besseres Leben führen können als wir heute. Unsere junge Republik hat das Heimgatzen und das Land das Recht auf Muttersprache aller Stämme anerkannt. Dieses Recht wollen wir uns aber nicht nehmen lassen. Dazu können wir nie und nimmer Ja sagen. Keine Macht der Welt kann uns dazu zwingen. Die Zurückhaltung unserer Gefangenen ist die furchtbarste Grausamkeit. Wir wollen nicht, daß die Menschheit noch einmal durch das furchtbare Meer von Blut gehen muß. Darum fordern wir im Namen der Menschheit, daß Deutschland als gleichberechtigtes Glied in den Völkerverbund aufgenommen wird. Wir wollen den Frieden, aber nicht das Zerstückeln eines Friedens. Darum müssen unsere Schwestern in den heute noch feindlichen Ländern sich uns anschließen in dem Kampfe für einen gerechten Frieden. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Gnußmann (Dem.): Der Frieden ist eine neue Form langwieriger Forderung eines ganzen Volkes. Er ist eine Bedrohung des Völkerrechts, wie sie noch niemals da war. Er entrechtet uns und gerächt die Souveränität des deutschen Volkes, denn er verbietet Verträge zu schließen. Er spricht aus, daß Deutschland Gesetze geben und Verträge schließen muß, gegen seinen Willen auf Befehl einer fremden Macht. Man verbietet Deutschland, sich mit Österreich zusammenzufinden. Auch aus Süddeutschland antwortet auf alle diese rücksichtslosen Bergewaltigungsabsichten ein Schrei der Entrüstung. (Lebhafte Beifall.) Ebenso grausam sind die wirtschaftlichen Fesseln, die man uns anlegen will. Wie können wir da noch von Sozialisierung reden? Was bleibt für die Arbeiterkräfte noch zu tun übrig? Wir haben es angefangen der Verständigung am 5. November in der Tat mit einem Wortbruch zu tun. Hätten unsere Peere, hätten unsere Arbeiter am 5. und 9. November gewußt, daß der Friede so aussehen würde, das Heer hätte die Waffen nicht niedergelegt. Alles hätte ausgeschalten. (Stürmischer Beifall und Handklatschen.)

Natürlich wird dieser Gewalt der Mantel des Rechts umgehängt. In den Formen des Rechts will man heute machen. Wir sind wehrlos, aber nicht willenlos. Dieser Vertrag ist für meine Freunde unannehmbar. Das ist unsere einmütige Auffassung, komme was kommen mag. Es kann nicht schlimmeres kommen, als was die Selbstauferlegung eines Todes für uns bedeuten würde. (Wiederholte stürmischer Beifall.)

Am 15. Januar habe ich einem hochangesehenen Engländer erklärt, daß deutsche Parlamentarier bereit seien, mit englischen Parlamentariern zu verhandeln, wenn Männer erscheinen würden, wie Lord Balfour, Lord Curzon, Lord Lansdowne, Lord Canning, Lord Balfour, Lord Curzon, Lord Lansdowne, Lord Canning. Mit diesen zu verhandeln bereit sein der Abg. Lehrenbach, der damals noch nicht Präsident der Nationalversammlung war, der Abg. Ebert, damals noch nicht Reichspräsident, der Abg. Kaufmann namens der Mehrheit des deutschen Reichstages. Diese Mitteilung ist nach England telegraphiert worden, aber noch bis heute habe ich darauf keine Antwort erhalten. (Lebhafte Beifall.)

Wir stellen uns mit Geschlossenheit auf den Boden der heutigen Erklärung der Regierung. Der Friedensvertrag ist und bleibt unannehmbar. (Beifall und Handklatschen.)

Abg. Bitta (Zentr.): Oberösterreich ist mit seinem Kohlenreichtum für die deutsche Wirtschaft unentbehrlich. Es ist ein deutsches Land. Was Oberösterreich kulturell und wirtschaftlich bedeutet, bedauert es der Zugehörigkeit zum Reich. Wenn jetzt ohne Befragen der Bevölkerung Oberösterreich zu Polen geschlagen werden soll, dann bedeutet das die Verleugnung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das Wilson als Grundsatz aufgestellt hat. Oberösterreich muß auch in Zukunft deutsch bleiben. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Graf Pasadowitz (Deutsch-Nationale Volkspartei): Das Grausamste und Nichtwürdigste ist, was man uns auf dem Gebiete der Volksernährung zumutet, indem man uns die letzten Reste unserer Viehbestände wegnimmt und schließlich reißt man aus dem Körper des Reiches große Beizen heraus und dieses zerstückte und zerleierte Deutschland soll dann die enormen Beträge aufbringen, die man uns unter der Bezeichnung „Wiedergutmachung“ abnehmen will. Wilson hat ausdrücklich erklärt, es sollen keine Kontributionen erhoben werden. Es werden unter dem Schutze dieser angeblichen Entscheidung geradezu fabelhafte Summen als Kontribution weggenommen.

Welcher Gegenstand hofft überhaupt zwischen den Worten des Präsidenten Wilson und seiner Tat. Ich glaube, man kann die ganze diplomatische Geschichte der Welt durchsuchen und man wird kein Älteres finden, wo zwischen dem erhabenen Gedanken des Völkerrechts, des Völkerfriedens, der Selbstbestimmung und den nachfolgenden Taten ein so trauriger Gegensatz besteht, wie im vorliegenden Falle. Man will uns nicht nur wirtschaftlich töten, man will uns die Ehre nehmen. Der ehemalige deutsche Kaiser und die übrigen, deren Auslieferung man verlangt, sind deutsche Staatsbürger und haben ihre Handlungen in Gebieten begangen, die unter deutschem Rechte stehen. Ihre Auslieferung an ein ausländisches Gericht ist also eine staatsrechtliche Unmöglichkeit. Keiner, der Ehrgefühl im Leibe hat, kann diese Forderungen annehmen, die uns der Verachtung der ganzen Welt preisgeben müßten. Die Feinde jenen Rache und aus dieser Saat werden uns Rächer entstehen. Es wird der Tag kommen, wo der Tag aus der Finsternis zu neuem Lichte erhebt. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Mund (Dem.): Als Vertreter Schleswig-Holsteins will ich eine kurze Erklärung abgeben: Gegen die von der Entente verlangte Zustimmung in den südlichen Gebieten legen wir die allerhöchste Verwahrung ein. (Beifall.) Die dänische Regierung selbst hat erklärt, daß sie der Befehl der Entente aus höchster Überzeugung hat. Die deutschen Schleswig-Holsteiner sind einzig in der Zurückweisung dieser Frage. Heute, im schwersten Augenblicke unserer Geschichte, haben wir Schleswig-Holsteiner das tiefste Vertrauen zur Regierung, daß sie die deutsche Bevölkerung Schleswigs nie und nimmer preisgeben wird. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Schulze-Brumberg (D. N. Sp.): Die Befolgung der Wilsonschen Grundsätze für den deutschen Osten sind wahrlich schon hart genug, aber wir haben sie angenommen und wollen sie auch ausführen. Dieser Vertrag aber hat mit diesen Grundsätzen nichts mehr zu tun. Wir erklären, daß der Friedensvertrag für die Provinz Posen unerfüllbar und für alle Zeiten unannehmbar ist. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (D. N. Sp.): Wir sollen politisch, militärisch und wirtschaftlich vernichtet werden, und das soll vereinbar sein mit den Wilsonschen Grundsätzen. Wird dieser Friedensvertrag nicht abgeändert, so wird er der größte Weltverbrechen sein, den es je gegeben hat. Wir schließen uns den bisherigen Rednern an. Wird der Vertrag Gesetz, dann ist die Fortführung der deutschen Sozialpolitik, die in der Welt hochberühmt war, nicht mehr möglich. Die Auslieferung des Kaisers Wilhelm ist juristisch und tatsächlich unmöglich, weil sich das deutsche Volk nicht auf die Dauer erlosch erweist. Hier handelt es sich nicht um Republik oder Monarchie. Deutschland soll zerstückelt werden, soll macht- und erlosch auf ewige Zeiten sein, soll Prophanität für andere Mächte leisten. Dem sehen wir ein entschändertes Rein entgegen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Haase (U. S.): Die Friedensbedingungen stehen in scharfem Widerspruch zu den Grundsätzen, die wir stets für den Frieden vertreten haben. Wir erheben daher schärfsten Protest (Beifall). Wir haben ein Recht dazu, weil wir jederzeit, auch als die deutsche Kriegslage günstig war, dem Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit zugestimmt haben, den wir für das deutsche Volk fordern. Wir verurteilen es deshalb entschieden, wenn die Entente das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes schmählich verleht. Schon die politische Vernunft hätte sie davon abhalten müssen, denn neue Konflikte werden dadurch heraufbeschworen. Der nördliche Teil Ostpreußens soll vom Reiche abgetrennt werden. Ich kenne dieses Gebiet seit 40 Jahren persönlich und niemals hat die Bevölkerung den Wunsch zu erkennen gegeben, sich vom Reiche loszutrennen. Wir verlangen, daß überall der Wille der Bevölkerung entscheidet. Das gilt auch für die Forderung der Deutsch-Ostpreußen, zum Reiche zu kommen. Die wirtschaftlichen Forderungen des Vertrages sind solcher Art, daß die Bemerkung nicht abzuwehren ist, unser Volk könnte unter dieser Last zusammenbrechen. Zum Teil sind sie sicherlich unerfüllbar. Das deutsche Volk muß jetzt die Verbrechen und Sünden seiner herrschenden Klasse büßen. Wenn unter Hinweis auf die begeisterten Kundgebungen betont wird, daß der Geist von 1914 wieder erwacht sei, so möge man sich darüber klar sein, daß die Arbeitermassen nicht noch einmal in den nationalpolitischen Zaum von damals fallen werden. Unsere Aufgabe liegt demgegenüber nur darin, bei aller Enttäufung über den uns zugemuteten Frieden für die Taten zu verbüßen, durch die das Volk noch tiefer in das Verderben hineingestürzt wurde. Für unser Volk ist der Frieden einfach unentbehrlich. Es braucht ihn um leben zu können. In verschiedenen Zeitungen ist für den Fall einer Regierungskrise uns zugemutet worden, den Frieden formell zum Abschluß zu bringen. Meine Fraktion lehnt dies ab. Sie erachtet es als die Verpflichtung derjenigen Parteien, die die Kriegspolitik unterstützt haben, auch den Abschluß dieses Krieges herbeizuführen. Wir freuen uns, daß die Sozialisten anderer Länder mit der größten Entschiedenheit in dieser Frage ihre eigenen Regierungen bekämpfen. Ob sie jetzt Erfolg haben werden, ist sehr zweifelhaft. Aber in allen Ländern ist der Boden revolutionär sehr unterwühlt. Die Weltrevolution ist auf dem Marsche. Mag sie auch langsam weiterreiten, als es vielen von uns erwünscht ist. Aber sie wird die Menschheit befriedigen und sie wird auch den Friedensvertrag, der uns jetzt aufzwingen werden soll, annullieren. Nur von einer revolutionären Umwälzung der Welt erhoffen und erwarten wir eine Umwandlung dieses Gewaltfriedens in ein Bündnis gleichberechtigter Völker. Die Regierung fordert das Volk auf, sich um sie zu kümmern. Es gehört eine starke Mäßigkeit dazu, diese Aufforderung in einem Augenblicke zu erlassen, in dem das deutsche Proletariat von derselben Regierung in einer Weise provoziert wird, wie es vorher noch niemals der Fall gewesen ist.

Abg. Frau Weber (Dem.): Ich spreche im Namen der Frauen, die heute in die Politik eingetreten sind, wenn ich rufe: Wir wollen für Deutschland den Frieden und für die Welt den Völkerfrieden, aber dieses Ideal wird uns entrückt durch den Fried-

ensvertrag der Entente. Wir wollen Europa erlösen vom Imperialismus und von der Gewaltspolitik, die sich im Vertragsentwurf von Versailles ausdrückt. Deutschland geht nicht unter. (Lebh. Beifall und Handklatschen.)

Abg. Schäfer (Soz.): Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch auf Deutschland angewendet wissen. Das Saargebiet und Oberösterreich sind deutsches Land und sie sollen bei Deutschland bleiben. In diesem Willen wollen wir stark und eins sein. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Graf Dohna (D. N. Sp.): Alles, was Westpreußen an Kultur besitzt, verdankt es der Arbeit seiner deutschen Bewohner und der Fürsorge des preussischen Staates. Dieses Land mit über einer Million deutscher Bewohner an Polen zu liefern, ist eine Zumutung von so ungeheurer Dreistigkeit, daß man geneigt ist, sie nicht ernst zu nehmen. Der Plan der Entente ist praktisch gar nicht durchführbar. Selbst wenn ein Staatsmann den Mut aufbringen würde, eine solche Bedingung zu unterschreiben, so sind doch die Westpreußen ein Volk, das sich nicht willens fremden Willen beugt. Wie sie entschlossen waren, mit der Waffe in der Hand die polnischen Truppen am Eindringen zu verhindern, ebenso würden sie mit Waffengewalt sich der polnischen Herrschaft widersetzen. Das Gemüt unseres Volkes lehnt sich gegen den fürchterlichen Verdacht, daß alle Wilsonschen Versicherungen von Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit wirklich nichts sein sollten als Mittel zur Täuschung. Die jetzigen Friedensbedingungen sind unannehmbar. Würden sie erzwungen werden, so wären unsere Feinde für ewige Zeit belästigt mit dem Mafel des Verrates und der Vergewaltigung eines wehrlosen Volkes. Dann müßte man den Gedanken eines Völkerbundes sich verlagern und der Friede von Versailles würde nicht den Grund legen zum ewigen Frieden, sondern zur Zerrüttung des Krieges. (Beifall.)

Abg. Dr. Duide (Dem.): Wir internationale Regierten haben mehr als irgend ein anderer Veranlassung, mit der größten Schärfe gegen diese Friedensbedingungen aufzutreten. Wir müssen appellieren an die Völker des Auslandes, und einen Appell an das Weltgewissen erlassen, sie sind in erster Linie berufen, die schon während des Krieges, als Deutschland auf der Höhe seiner militärischen Erfolge stand, an das deutsche Volk appelliert haben. Ich glaube, es gibt wenige, die seit wenigen Jahren die Sünden des alten Systems und die Sünden unseres Militarismus mit solcher Schärfe verurteilt haben, wie wir es getan haben, aber ich muß doch sagen, wenn man das Verhalten von mir verlangen sollte, daß unsere Regierung am Krieg schuld sei, so müßte ich meine Lüge aussprechen. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Wenn unsere Gegner das Gegenteil behaupten, so mögen sie den Beweis dafür erbringen. Wir haben ja die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission gefordert. Aber England hat sie abgelehnt. Wir verlangen für uns nur das, was man uns früher ohne weiteres zugestanden hat, die Gleichberechtigung. Wir wollen als vollständig gleichberechtigte Mitglieder in den Völkerbund hinein, der kommen wird trotzdem und alledem. Diese Friedensbedingungen würden, wenn sie Wirklichkeit werden sollten, uns in eine neue fürchterliche Tragödie hineinführen. Darum heißt es: Dreimal Nein! (Stürmischer Beifall.)

Präsident Fehrenbach:

Das war eine machvoll geschlossene Kundgebung der ganzen deutschen Volksoberkeit gegen den Gewaltfrieden, den man uns diktieren will. Von dem heutigen Tage an muß aus diesem Saale eine Welle in das Volk getragen werden, die auch dem Auslande klar macht, daß man das deutsche Volk nicht so behandeln darf. (Lebhafte Beifall.) Wir danken den Neutralen, die diesen Frieden verworfen haben. Wir danken in aller Zurückhaltung auch für das, was aus französischen Arbeiterkreisen und von englischen Politikern an vernünftigen Stimmen an unser Ohr gedrungen ist, aber wo bleiben die anderen einfühlsamen Kreise in fremden Ländern, wo bleiben die Vertreter der Union? (Stürmischer Beifall.) Wo sind in den feindlichen Ländern die Vertreter der Rechte? Wo sind in den feindlichen Ländern die Vertreter der Gerechtigkeit? Den Frieden wollen wir, und dieser Frieden soll nach dem Willen unserer Feinde unsern Frauen und Kindern nur Not und Entsetzen bringen. In dieser schweren Stunde unseres Landes denken wir dankbar alle des Schönen und Großen, des Guten und Idealen, was unsere Eltern und Großeltern uns überlassen haben, und wir bitten unsere Kinder und Enkel, uns nicht anzureden, daß wir sie der Not und dem Elend überliefern müssen.

Wir wissen, daß auch wir in der Zeit unseres Glückes angefaßt waren. Unsere Wissenschaft hat unsere Herzen nicht immer an dem ewigen, göttlichen Lichte angezündet. Unsere Kunst war vielfach in die Niederungen hinabgestiegen und Selbstsucht und Genußsucht gehören zu den Eigenschaften unseres Volkes. In unserm sozialen Zusammenleben fehlte es an der Liebe, unserm Staate an dem gerne und willig geleisteten Gehorsam des freien Mannes. Wenn uns jetzt aber nach die Schuld an diesem Kriege aufgeladen werden soll, dann werfen wir das mit aller Entschiedenheit zurück. Das friedliebende deutsche Volk hat an diesem Kriege keinen Anteil. Es wollte nur einen bescheidenen Platz an der Sonne haben, wollte kein anderes Volk verdrängen und beanspruchte für sich nichts, was es anderen Völkern inhögnete.

Die letzten Handlungen der Regierung vor Kriegsausbruch mögen gegen uns zeugen, aber die Schuld für die Ursache des Krieges lastet auf den Schultern unserer Feinde. (Lebhafte Zustimmung.) Wir hatten auf das Völkerbündnis gehofft. Dieser Friedensvertrag ist keine Einleitung dazu. Er ist die Verewigung des Krieges, und jetzt wende ich mich an unsere Feinde in einer Sprache, die auch sie verstehen und sage: „Gloria alicui nostris et offibus alicui!“ (Aus unserer Mache wird ein Rächer uns entstehen!) (Stürmischer langanhaltender Beifall.) Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären, und diese Kinder werden die Sklaventöchter jenseits und die Schmach abweisen, die uns Deutschen zugemutet werden soll. Für uns gilt wie in früheren Tagen auch heute das Wort, daß niemals der Ausbruch selbstthätiger Erregung, sondern immer nur der tiefen Liebe zu unserer Heimat war: „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!“ (Hohen bei den Unabhängigen.)

Präsident Fehrenbach erhält die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbständig festzustellen.

Politische Neuigkeiten.

Neue Notizen Brockdorff-Rantzau an Clemenceau.

* Graf Brockdorff-Rantzau befähigte heute in einer Note an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, den der deutschen Friedensdelegation übergebenen Vertragsentwurf bezüglich der Heimführung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen und ersuchte, die Einzelheiten über diese Frage an eine besondere Kommission zu verweisen. Wegen der großen Schwierigkeiten der technischen Durchführung der Heimführung

der Kriegs- und Zivilgefangenen, namentlich angeht die Knappheit des Schiffsraumes und wegen des Kohlenmangels, müsse größter Wert darauf gelegt werden, daß alle Vorfragen bis zum endgiltigen Beginn des Abtransportes bereits gelöst seien. Die deutsche Friedensdelegation schlägt daher vor, die kommissarischen Beratungen über die Kriegs- und Zivilgefangenen bereits jetzt, getrennt von dem übrigen Fragenkomplex, beginnen zu lassen.

In einer weiteren Note übergab Graf Brockdorff-Rantzau den von der deutschen Regierung aufgestellten Entwurf eines Abkommens über internationales Arbeiterrecht, der über die im Abschnitt XIII des Entwurfes der Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen aufgestellten Forderungen hinausgeht und der im Deutschen Reich in anerkannt vorbildlicher Weise mit Hilfe der Arbeiterschaft zum ersten Mal durchgeführt ist. Zur Mitwirkung an der Gestaltung dieser Bestimmungen sei es notwendig, daß während der Friedensverhandlungen Vertreter der Landesorganisationen der Arbeitergewerkschaften aller vertragschließenden Länder zu einer Konferenz nach Versailles berufen werden.

Sie können „vorläufig“ nichts tun.

* Wie der „Vorwärts“ schreibt, ist der Gesamteindruck aus den bisherigen Äußerungen der französischen Sozialistenpresse ungefähr der: „Die Bedingungen sind eine Schande, doch wir können vorläufig nichts tun. Dieser Friede würde sich sowieso wegen seiner eigenen Mangelhaftigkeit als undurchführbar erweisen. Deutschland soll ihn unterzeichnen, der internationale Sozialismus wird ihn vernichten.“ (?)

Der deutsche Friedensvorschlag von 1916.

* Der deutsche Friedensvorschlag von 1916 wird von der „Deutschen Allg. Ztg.“ veröffentlicht. Das Blatt schreibt:

„Mit Enttäufung und Entsetzen hat das deutsche Volk die Friedensbedingungen vernommen, mit denen die Entente nicht nur alle Lasten des Krieges und darüber hinaus unerträgliche Opfer auf die kriegsmüden Schultern des deutschen Volkes zu legen versucht, sondern obenrein noch die ganze Schuld am Kriege, d. h. die Schuld daran, daß er zum Ausbruch kam und daß er nicht früher endete. Kein besseres Mittel ist denkbar, um dem Geist des deutschen Volkes mit dem seiner Feinde zu vergleichen, und keine bessere Möglichkeit, Rückschlüsse auf die Kriegsschuld zu ziehen, als die Gegenüberstellung der Friedensbedingungen, die Deutschland im Falle des Sieges gestellt haben würde, mit denen, die unsere Feinde dem besiegten Deutschland stellen. Denn im Glüd zeigt sich der wahre Charakter eines Volkes so gut, wie der eines Reiches. Und was die Kriegsschuld angeht: Je mehr einer fordert, wenn das Glüd des Krieges sich zu seinen Gunsten entscheidet, umso mehr Wahrheitsliebe spricht dafür, daß er den Krieg um dieser Forderungen willen begonnen hat. Je mehr ein Staat aus einem gewonnenen Kriege einen Gewinn zu schlagen versucht, umso wahrscheinlicher ist es, daß er den Krieg selbst um des Gewinnes willen herbeigeführt hat.

Das Kriegsziel einer Regierung läßt deshalb einen Rückschluß auf die Kriegsschuld dieser Regierung zu. Es ist der deutschen Regierung im Ausland und auch im Inland häufig zum Vorwurf gemacht worden, sie habe der Welt kein Kriegsziel verkündet. Die einen schließen daraus auf ihre übertriebene Begehrlichkeit, die anderen auf ihren Mangel an festem Ziel. Der wahre Grund dieser Zurückhaltung war, daß die deutsche Regierung erwarten mußte, die Befehle ihrer maßvollen Ziele werde ihr als Schwäche gedeutet werden, solange die Gegner an ihren von vornherein maßlosen Vernichtungsplänen festhielten. Deshalb waren auch in dem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 formulierte Bedingungen nicht angegeben.

„Indessen haben damals deutsche Bedingungen bestanden und sie sind im Frühjahr 1917 dem Präsidenten Wilson als ein Beweis unseres Vertrauens mitgeteilt worden. Diese Bedingungen, oder richtiger diese Grundlagen für Friedensverhandlungen — an einen Diskussionspunkt war dabei nicht gedacht — waren folgende:

Zurückzahlung des von Frankreich besetzten Teiles von Ober-Elßaß, Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sicheres Grenze, Kolonialrestitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert, Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen, sowie finanzieller Kompensation, Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, die durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen waren, wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete, Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen, Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Vereinbarungen, die ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden, unter Abschluß entsprechender Handelsverträge, Sicherstellung der Freiheit der Meere.

Die Friedensbedingungen unserer Verbündeten bewegten sich in Übereinstimmung mit den Anschauungen der deutschen Regierung in gleichmäßigen Grenzen. Die deutsche Regierung erklärte sich ferner bereit, auf der Basis der Senatsbotschaft des Präsidenten Wilson in die von ihm nach Beendigung des Krieges angestrebte internationale Konferenz einzutreten.

Nun möge das deutsche Volk, möge die ganze Welt erkennen, auf welcher Seite Billigkeit und Recht, auf welcher Unrecht und Schuld zu finden sind.“

Lebensmittelpreise und Eisenbahnerforderungen.

* Die Funktionäre des deutschen Eisenbahnerverbandes legten nach einer Blättermeldung am 10. d. Mts. in Berlin. Es wurde eine Erklärung des Ministers für öffentliche Arbeiten verlesen, die die Unmöglichkeit einer Lohnerböhung darlegt und die Bemühungen der Regierung schildert, den Abbau der Lebensmittelpreise durchzuführen. Nach der Verlesung dieser Kundgebung wurde ohne weitere Aussprache einstimmig ein Antrag angenommen, in dem es heißt, daß die Funktionäre des deutschen Eisenbahnerverbandes die durch die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Friedensbedingungen verursachte Unmöglichkeit einsehen, die Eisenbahner durch Bewilligung ihrer Forderungen besser zu stellen. Sie fordern daher die Regierung auf, zur Herbeiführung menschenwürdiger Lebensbedingungen für die Eisenbahner sofort einen durchgreifenden Abbau der Lebensmittelpreise unbedingt durchzuführen. Sollte von diesen Maßnahmen nichts zu spüren sein, so würden die Eisenbahner ihre Forderungen aufrecht und sie zu gegebener Zeit mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln in die Tat umsetzen.

Badische Uebersicht.

Event. Einberufung des badischen Landtags.

Nachdem die Landtage der Staaten Bayern und Württemberg einberufen wurden, um zu den Friedensverhandlungen Stellung zu nehmen, ist es wahrscheinlich, daß auch der badische Landtag Ende dieser Woche aus diesem Anlaß zusammentreten wird.

Ein Freiburger Protest gegen den Gewaltfrieden.

Aus Freiburg wird gemeldet: Der Münsterplatz war am Samstag abend der Schauplatz einer eindrucksvollen Kundgebung gegen den Gewaltfrieden. Die Professorenschaft an der Spitze, kamen die Studenten in feierlichem Zuge nach dem Münsterplatz, auf dem sich einige Tausend Menschen, Frauen und Männer, angesammelt hatten. Vom Balkon eines Hauses hob Universitätsprofessor Dr. Fabricius den kaffenden Unterschied zwischen dem Wilson-Programm und dem uns dekretierten Gewaltfrieden hervor, der beinahe unserer Vernichtung gleichläme. Die Versammelten gelobten, treu und fest, was auch kommen möge, hinter der Reichsregierung zu stehen, welche die unermesslichen Bedingungen mit Recht als unerträglich und als unerfüllbar bezeichnete. Zum Zeichen der Trauer wurde an der mitgeführten Universitätsfahne eine Trauerfahne befestigt. Darauf hollte aus tausend Reihen der Rüstungswort aus „Wilhelm Tell“: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. — Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eber den Tod, als in der Knechtschaft leben. — Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.“

Kundgebungen der Polizeibeamten Badens

Nach der Verhänd der Polizeibeamten Badens hat zu dem Friedensvertrag in längerer Kundgebung beschlossen, deren wesentlichste Sätze lauten:

Wir bringen die Gefühle sämtlicher Polizeibeamten Badens zum Ausdruck, wenn wir in unsagbarem Schmerz mit aufwallender Entrüstung eingeben der propagierten Gerechtigkeitsliebe des Präsidenten Wilson zu den vorliegenden Vorbedingungen unsere Verabscheuung aussprechen. Schmachvoll verraten stehen wir heute am Abgrund unseres einst so heldenmütigen Volkes. Hätte uns die Vergangenheit dieses Verhängnis ahnen lassen, so wären wir lieber samt und sonders in Waffen untergegangen, als dieses unsagbare Unheil über uns und Kindeslinder aufkommen zu lassen. Vielleicht will es das Schicksal der Welt, daß die künftigen Gewalttäter mit ihrem Marterwerk die Geburtsstunde nationalen Bewußtseins unseres Volkes schufen, nicht ahnend des Unglücks, das sie über ihre eigenen Völker bringen. Auf echtem demokratischem Fundament wollen wir neu erstehen, als ein einig Volk von Brüdern treu geloben, jeden Vorgesetzten und Vorgesetzten, was mit nie erlahmender Kraft zu arbeiten mit der Neuorientierung nach dem Osten, nur in der wir Gesundung und Rettung finden können.

Badische Zeitungsstimmen.

Karlsruhe als Hauptstadt der Republik Baden-Württemberg.

Unter dieser Überschrift ergreift die „Bad. Landeszeitung“ neuerdings das Wort zu den Verschmelzungsplänen für Baden und Württemberg. Sie bemerkt einleitend, daß bei manchen Badenern, die sich aus einer gewissen Begeisterung für groß-

staatliche Gedanken heraus im ersten Augenblick durch den Vereinigungsgedanken verblüfft liegen, inzwischen die nüchterne Überlegung zurückgekehrt sei, da man erkenne, daß man es hier mit einer Sache zu tun habe, bei der bis jetzt das Schlagwort eine maßgebende Rolle spiele. Ganz besonders schlagwortartiger Natur sei, so fährt der Artikel dann fort, die Begründung der vermeintlichen Vorteile für Mannheim; die Ansicht, daß Mannheim durch die Vereinigung ein größeres „Sinterland“ und dadurch eine erhöhte Bedeutung als Handelsplatz gewinne, beruhe auf idealistischer Schwärmerei; der Handel frage nicht darnach, ob der Kontrahent ein Badener oder Württemberger sei. Der Artikel begründet dann die Befürchtung, daß bei einer Vereinigung eher eine Steigerung der staatlichen Lasten zu erwarten sei:

„Württemberg hat den Wunsch, einen möglichst großen Teil der durch die Lösung der Redaktionsfrage entstehenden erheblichen Kosten auf Baden abzuladen. Da die Redaktionsfrage in erster Linie Württemberg interessiert, findet es für seine Forderungen bei Baden jetzt keine Gegenliebe. Es liegt auf der Hand, daß gerade diese Kostenfrage für Württemberg ein wichtiges Moment ist, die Vereinigung zu wünschen. Sind die beiden Staaten verschmolzen, so hat Württemberg mit einem Schlag die Abladung des Kostenanteils erzielt, für den es jetzt keinen Liebhaber findet.“

„Wir sprechen“, so heißt es dann weiter, „gerade vom Verkehr. Seit Jahr und Tag geht Württemberg dem von ihm wiederholt zugelegten Ausbau der Murgaltalbahn aus dem Wege. Baden hat die Strecke bis an seine Landesgrenze erstellt. Auf das für Baden wichtige württembergische Verbindungsglied von Albstadt nach Heilbronn oder warten wir bis heute vergeblich. Vor einigen Jahren hat man in Baden, um endlich zum Ziel zu kommen, zu einem Mittel gegriffen, das im Verkehr unter Bundesstaaten wohl bis dahin nicht üblich war. Baden hat erklärt, daß es seinerseits eine von Württemberg gewünschte, durch badisches Gebiet ziehende Strecke nicht eher bauen, jedenfalls nicht eher in Betrieb nehmen werde, bis der württembergische Nachbar seinen Pflichten bezüglich der Murgaltalbahn nachgekommen ist, denen er sich bis jetzt immer wieder entzogen hat. Keine Aussichten für die Zukunft!“

Wir sind für Aufrichtigkeit. Man verschone uns mit der Vorführung der Gespannisse, welche durch die bei einer Vereinigung herbeizuführende Verwaltungsvereinfachung erzielt werden könnten. Mit diesem schönen Argument ist im Jahre 1896 nach Beendigung des Feldzugs bei der Einverleibung Hannovers in Preußen nicht ohne Erfolg der Versuch einer friedlichen Eroberung schwandender Gemüter gemacht worden. Später aber gab es bezüglich der finanziellen Gestaltung der Dinge viele enttäuschte Gesichter. „Warum haben wir nun die Krone gefressen?“, lautet ein geflügeltes Wort.

Die Verwirklichung werde, so meint der Verfasser, durch die Schaffung einer badisch-württembergischen Republik nicht gefördert, sondern dieses neue Staatengebilde würde, sich in die Brust treffend, eisernstichtig darüber wachen, daß ihm seine bundesstaatlichen Kompetenzen nicht beschritten werden.

Bei der Vereinigung ist Württemberg der allein gewinnende Teil. Es wird dadurch in die Lage versetzt, eine Reihe von schwebenden Fragen durch sein künftiges Übergewicht in der gemeinsamen Verwaltung zu seinen Gunsten zu lösen. Unter diesen Fragen spielt, um noch eine zu erwähnen, auch die der Donaubesicherung eine bedeutende Rolle. Baden gewinnt nichts. Auch Mannheim fällt nichts in den Schoß, was ihm nicht auch bei Fortbestand der Trennung erwachsen würde. Wenn man in der Grenzstadt Forzheim mit dem Gedanken der Vereinigung liebäugelt, so geschieht das nur deswegen, weil gegenwärtig noch in den benachbarten württembergischen Landstrichen bessere Verpflegungsbereitungen bestehen als in Baden. Durch solche vorübergehende Erscheinungen läßt man sich aber doch nicht bei Entscheidungen beeinflussen, die sich auf einen Dauerzustand beziehen. Der Artikel kommt dann zu folgendem Schluß:

„Für eine Stadt würde die Vereinigung unter Umständen einen vernünftigen Rückschlag mit sich bringen, und das ist die badische Landeshauptstadt Karlsruhe. Karlsruhe könnte dabei nicht einmal in dem Gebanen Trost finden, daß sein Opfer der Gesamtheit der badischen Bevölkerung zum Vorteil gereicht. Da Württemberg bei der Vereinigung außerordentlich gewinnt, ein Gewinn für Baden aber nirgends hervorzuheben, so erscheint es uns als ein selbstverständliches Gebot der ausgleichenden Gerechtigkeit, daß Karlsruhe die Hauptstadt der badisch-württembergischen Republik würde, und als eine ebensolche Selbstverständlichkeit erscheint es uns, daß bei etwaigen künftigen Verhandlungen zwischen Vertretern beider Staaten die Wahl von Karlsruhe zur Landeshauptstadt zur unerlässlichen Bedingung der Vereinigung gemacht wird. Die Verkehrsfrage von Karlsruhe ist um keinen Deut schlechter als die von Stuttgart. Sie ist sogar wegen unserer künftigen wichtigen Beziehungen zu den westlichen Nachbarn unendlich viel günstiger als die von Stuttgart und wird annähernd nur vom Mannheim erreicht, wenn sich etwa die Pfalz bereit finden ließe, gleichfalls den Anstoß zu vollziehen.“

Jedenfalls haben wir in Baden genug helle Köpfe, die keine Neigung zeigen, wegen eines Phantoms die badische Selbstständigkeit und das Wohlergehen der Landeshauptstadt zu opfern, ohne daß der erwähnte Ausgleich geschaffen wird. Mögen wir einen Teil unserer Selbstständigkeit nach dem andern dem Reich opfern, so wissen wir, daß wir damit der Allgemeinheit und letzten Endes auch uns nützen. Aber die Selbsthauptung zugunsten des schmunzelnden Nachbarn lehnen wir ab.“

Kohle ist Gold! — Kohle ist Brot! Die Karlsruher „Volkstimme“ schreibt: „Da sieht unser Volk barben und wartet ausgehungert, sehnsüchtig auf die Lebensmittelzufuhren aus dem Ausland. In Berlin betraffen die verantwortlichen Beamten und die in die Behörden berufenen Kaufleute folgenden Tag für Tag über die Möglichkeit, an der Hand der von der Entente gestellten Bedingungen Lebensmittel einzuführen. In Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, der Schweiz uho. lagern Waren, Getreide, die dortigen Vertreter unserer Reichsstellen können Butter, Speck, Eier, Fische, Käse und andere Lebensmittel erhalten. Sie bestürmen die Beauftragten der mit der Finanzierung der Einkäufe betrauten Behörden, ihnen Zahlungsmittel, ihnen Devisen für die bereitgestellten Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Unter diesen mit der Einfuhr betrauten Herren sind Kaufleute, die vordem gewohnt waren, mit großen Ziffern zu rechnen, die früher für sich selbst oder ihre Firmen tagtäglich für Hunderttausende, für Millionen Mark Einkäufe getätigt haben. Heute müssen sie zusehen, daß die Kaufleute von Zentnern greifbare Lebensmittel für sie nicht zu haben sind, weil der frühere Geschäftsfreund die einstmals dem deutschen Kaufmann ohne weiteres eingeräumten Kredite dem Deutschen Reich versagt! In den Augen des Auslandes ist das große „eint“ so blühende Deutsche Reich bankrott geworden! Mit Witterkeit müssen das alle diese Leute, denen die Öffentlichkeit Unfähigkeit oder Untätigkeit vorwirft, feststellen; denn sie wissen, daß dem deutschen Volk aus seiner Not geholfen werden kann, wenn genügend von den Zahlungsmitteln, die wir haben, beschafft werden. Und das sind in erster Linie Kohlen. Kohle bedeutet im Augenblick Fleisch, Kohle bedeutet Fett, Kohle bedeutet Butter, Käse, Fische! Die Kohle ist heute unser Gold, der deutsche Bergmann ist heute unser Bankier, der allein dem Reich Kredit beschafft, wenn seine Hand dies unter ein einziges Zahlungsmittel aus den Schächten fördert. Die ganze übrige Industrie ist so gut wie tot. In den Kohlenbergwerken ruht das Leben, das, guttag gebracht, dem Volkstand ein Ende machen kann. Das Schicksal der Nation liegt augenblicklich in den Händen der deutschen Bergleute. Auf ihnen lastet die größte Verantwortung, die jemals zu tragen war in einem Volke. Schafft Kohle, dann schafft ihr euch selber und eurem Volke Nahrung und damit neue Kraft zum Aufbau einer glücklicheren Zukunft.“

Amtliche Bekanntmachung.

Wahl der Kreisabgeordneten betreffend.

Der unter „D. Unabhängige Sozialdemokratische Partei“ in der Bekanntmachung vom 6. Mai 1919 aufgeführte Gebhardt Julius, Dreher in Hagsfeld, heißt richtig: Gerhardt Julius.
Karlsruhe, den 12. Mai 1919. M. 216
Bezirksamt. D.-3. 163

Badisches Landestheater.

Im Konzerthaus:
Mittwoch, 14. Mai 1919. Sondervorstellung. Kleine Preise

„Die Rabensteinerin“

Anfang 7 Uhr

Berein Volksbildung (G. V.)

Karlsruhe.
Freitag, den 16. und 23. Mat, abends 7 1/2 Uhr, finden im großen Hörsaal für Chemie Vorträge statt von Herrn Professor Dr. Paulde über:

Ein Jahr in türkischen Diensten

mit Lichtbildern.
Eintrittskosten hierzu sind nur in der Geschäftsstelle des Vereins, Akademiestraße 67, zu haben. Preis für Mitglieder 30 Pf., für Nichtmitglieder 1 Mark.
Geschäftsstelle des Vereins Volksbildung.

Zur Beachtung.

Um die private Bantätigkeit ins Leben zu rufen, werden warmhaltige Wohngebäude (fein Provisorium), Ställe, Scheunen und sonstige Bauten in modernster Form nach der mächtigsten Mahobanweise (D.R.P. sowie Auslandspatent angemeldet) ausgeführt. Keine Ziegelsteine erforderlich, bedeutende Materialersparnisse und um 30-40% billiger als Ziegelmauerwerk. Gefällige Auskunft erteilt hierüber

O. Meyer & Diller

Technisches Bureau
Königstr. 51 Stuttgart Königstr. 51

Goldaten!

Meldet Euch b. den **Freiw. Landesjägerskorps**
in Heidelberg, Göthestr. 10,
„Vorheim“, Marktplatz 3,
„Donauerschützen“, Gasthaus z. Varen.
Dort erhaltet Ihr Fahrtausweis nach dem Sennelager, Euer Fahrgehalt zu dem Verbestellen sowie zum Sennelager wird Euch zurückbezahlt, wenn ihr d. Fahrtarten in der Annahmestelle Sennelager vorzeigt.
Viele haben sich schon gemeldet. Eingestellt werden Unteroffiziere und Mannschaften aller Waffen, die im Felde waren. Ferner Angehörige, die das 17. Lebensjahr vollendet, 1,60 groß, 80 cm Brustumfang haben. Fahrtausweise werden auf Wunsch vom Sennelager Paderborn zugesandt. 6480
Landesjägerskorps, Sennelager Paderborn.

Städtische Bekanntmachung.

Bei der am 5. April 1919 vorgenommenen Auslosung der im Jahre 1919 zur Zahlung gelangenden Schuldberechtigungen der Stadtgemeinde Konstantz wurden folgende Stücke gezogen:

- ### I. Vom 1887er Anlehen.
- Heinzahlbar auf 1. Juli 1919.
- Buchstabe A Nr. 10, 62, 77, 117, 143, 168, 172, 270, 322, 444,
Buchstabe B Nr. 12, 104, 171, 204, 229, 265, 276, 281, 379, 396, 407, 418, 453, 510, 546, 582, 679, 750, 757, 822, 838, 900, 927, 936, 958, 976, 1024, 1059, 1074, 1142, 1173, 1180, 1474, 1496, 1500,
Buchstabe C Nr. 13, 23, 41, 44, 194, 203, 211, 237, 302, 469, 481, 492, 536, 539, 621, 641, 653, 719, 763, 779, 840, 897, 912, 942, 943, 993, 1009, 1024, 1077, 1106, 1150, 1247, 1312, 1345, 1493, 1500, 1542, 1567, 1600, 1605, 1662, 1718, 1850, 1883, 1939, 1949, 1967,
Buchstabe D Nr. 9, 97, 124, 171, 173, 174, 210, 269, 312, 347, 426,
Buchstabe E Nr. 100, 140, 152, 155, 163, 240, 244, 363, 399, 416, 435,
Buchstabe F Nr. 18, 230, 265, 396, 430, 490, 494, 497, 498.
- ### II. Vom 1902er Anlehen.
- Heinzahlbar auf 1. Juli 1919.
- Buchstabe A Nr. 36, 56, 58, 151, 330, 485, 670, 907, 922,
Buchstabe B Nr. 53, 326, 460, 461, 482, 517, 577, 656,
Buchstabe C Nr. 124, 130, 142, 276, 470,
Buchstabe D Nr. 55, 285, 392.

Der Stadtrat.

Montag, den 4. Juni 1919, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht in Trüberg, Zimmer Nr. 6, bestimmt.

Die fleischlose Küche in der Kriegszeit

nebst einfachen Kochgerichten
Bearbeitet von
Käthe Birke
Mit nahezu 700 Kochvorschriften.
Preis geb. 3 M.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
Nr. 206. Trüberg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns August Andris in Trüberg ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Festsetzung der Vergütung der Gläubigerprüfungsmittglieder auf

Grundstückszwangsversteigerung

Grundstück: Gemartung Baden, Kgb.-Nr. 2043 t: 1 ha 94 ar 13 am an der Bremerbergstraße Nr. 6 mit darauffolgendem Grundstück — Parkhotel. Schätzung: ohne Zubehörstücke: 561 000 M., mit Zubehörstücke: 666 505 M.
Versteigerungstermin: Donnerstag, den 26. Juni 1919, vormittags 9 1/2 Uhr, im diesseitigen Amtszimmer — Vincenzstraße Nr. 5, 3. Stof. M. 204
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Baden, 10. Mai 1919.
Notariat I. als Vollstreckungsgericht.

Der Stadtrat.

Montag, den 4. Juni 1919, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht in Trüberg, Zimmer Nr. 6, bestimmt.

Die fleischlose Küche in der Kriegszeit

nebst einfachen Kochgerichten
Bearbeitet von
Käthe Birke
Mit nahezu 700 Kochvorschriften.
Preis geb. 3 M.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
Nr. 206. Trüberg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns August Andris in Trüberg ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Festsetzung der Vergütung der Gläubigerprüfungsmittglieder auf

Grundstückszwangsversteigerung

Grundstück: Gemartung Baden, Kgb.-Nr. 2043 t: 1 ha 94 ar 13 am an der Bremerbergstraße Nr. 6 mit darauffolgendem Grundstück — Parkhotel. Schätzung: ohne Zubehörstücke: 561 000 M., mit Zubehörstücke: 666 505 M.
Versteigerungstermin: Donnerstag, den 26. Juni 1919, vormittags 9 1/2 Uhr, im diesseitigen Amtszimmer — Vincenzstraße Nr. 5, 3. Stof. M. 204
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Baden, 10. Mai 1919.
Notariat I. als Vollstreckungsgericht.